

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Einmalige Winterbeihilfe.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, Beziehern von Invaliden- und Angestelltenrenten sowie Fürsorgeempfängern im Monat November, soweit die Rente oder die Fürsorgeunterstützung 100, – DM im Monat nicht übersteigt, eine einmalige Winterbeihilfe in Höhe von 75, – DM aus Bundesmitteln zur Auszahlung zu bringen.

Deckungsvorschlag:

Wegsteuerung überhöhter Gewinne der Großindustrie und Verwendung dieser Mittel für soziale Leistungen.

Beispiel Firma Opel:

Ausgewiesener Gewinn	30 Millionen DM
Gewinn, der als stille Reserve in überhöhte Abschreibungen geflossen ist . . .	20 Millionen DM
Rückstellung gelenkter Gewinne	10 Millionen DM
Insgesamt	<u>60 Millionen DM</u>

Bonn, den 12. Oktober 1950

Kohl (Stuttgart) und Fraktion